

Regierbarkeit der DDR muß erhalten bleiben

Fraktionen erläuterten Standpunkt zur Erklärung des Ministerpräsidenten / Pro und Kontra zu vielen Themen

Die Werbetrommel für die Wahl am 6. Mai wurde kräftig gerührt in der Aussprache zur Regierungserklärung vom Freitag. Parteien bestimmten ihr Verhältnis zur Koalitionsregierung und ließen mehr oder weniger schon durchblicken, mit wem sie weiter zusammen gehen wollen und - das war häufiger der Fall - mit wem nicht. Weitestgehend bestand Einigkeit darin, daß das Modrow-Kabinett in der gegenwärtigen komplizierten und krisenhaften Situation in der DDR handlungsfähig bleiben muß. Gleichzeitig übten viele Fraktionssprecher Kritik an halbherzigen Schritten der Regierung, die noch kein Gesamtkonzept erkennen lassen.

KOALITION. Bedingungen wurden genannt, unter denen die Koalition tragfähig bleibt. Die DBD, das erklärte Namens der Fraktion **Otto Fiedler**, wolle der Regierung weiterhin ein kritischer, aber konstruktiver Partner sein. Das gebiete die Verantwortung vor dem Volk. In der Zeit bis zu den Wahlen müsse die Regierbarkeit erhalten werden. Eine ähnliche Position vertrat auch die NDPD-Fraktion. Ihr Sprecher, Parteivorsitzender **Günter Hartmann:** Kooperationsbereitschaft der NDPD sei stets dort zu erwarten, wo politische Ziele und Bestrebungen mit ihren tiefsten demokratischen und humanistischen Auffassungen übereinstimmen. Seine Partei sei unter der Bedingung Koalitionspartner, daß SED-PDS und Staat restlos entschloffen werden.

Auf die Einhaltung der Koalitionsvereinbarung pochte die LDPD. Nicht der Rücktritt der Regierung sei das Ziel seiner Partei, sondern die Erfüllung des Regierungsprogramms, so **Hans-Dieter Raspe** im Auftrag der LDPD-Fraktion. Die Sprecher der fünf Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, sprachen sich für die weitere Unterstützung des Kabinetts aus. Es passe nicht zusammen, wenn die Regierung Modrow in einer wirtschaftlichen und politischen Zerfallsphase Rechtsstaatlichkeit für jedermann garantieren soll, zugleich aber Druck mit Methoden auf sie ausgeübt werde, die nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun haben. Diese Position vertrat **Hans Härtel** von der FDJ-Fraktion. Er denke dabei nicht nur an ultimative Forderungen. Bemühungen, die Stabilität der Lebensbedingungen für die Bürger zu sichern, dürften nicht als Versuch der Stabilisierung überlebter Strukturen verdrängt werden, erklärte im Namen des Kulturbundes **Prof. Dr. Günther Drefahl**.

Verfassungsschutz - ja oder nein?

NATIONALE SICHERHEIT. Unterschiedliche Auffassungen und hitzige Debatten gab es zur Frage: Verfassungsschutz - ja oder nein? Das hinauszuweisen der angelegten Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, das inkompetente Auftreten der Regierungsvertreter am Runden Tisch forderten den Protest und den Unmut der Bevölkerung geradezu heraus, betonten **Otto Fiedler** (DBD) wie auch **Prof. Dr. Günther Drefahl** (KB). Mit allem Nachdruck verlangte die DBD die Auflösung des Amtes unter der strikten Kontrolle der Volkskammer und des Runden Tisches. Es sollte ein demokratisch legitimes Sicherheitskonzept erarbeitet werden, das den Schutz vor neozistischen Umtrieben und die Spionageabwehr gewährleistet. Für die LDPD sagte **Hans-Dieter Raspe**, daß eine innere Sicherheitspolitik gegenwärtig kaum noch praktikabel sei. Zwischen den Erklärungen und Absichten der Regierung und ihren Taten gebe es eine „Grauzone“, die sofort aufzuklären sei, ansonsten werde der Konsens der Erneuerung im Lande zerstört. Die LDPD lehne die Einrichtung eines Verfassungsschutzes noch vor dem 6. Mai ab. Diese Position wurde vom CDU-Sprecher **Adolf Niggemeier** geteilt, der den förmlichen Antrag stellte, alle Aktivitäten zur Bildung neuer Sicherheitsorgane bis zum Wahltag zu unterbinden.

Den Vorschlag für ein Übergangsgesetz bis zum 6. Mai - einer Spezialkommission der Volkskammer - die die Aufgaben eines Verfassungsschutzes wahrnimmt, äußerte **Günter Hartmann** (NDPD). Hier müsse eine saubere, zügige und durchschaubare Regelung gefunden werden. Die VdgB-Fraktion sprach sich für die Einrichtung eines Verfassungsschutzes aus. Dies müsse jedoch unter breiter gesellschaftlicher Kontrolle geschehen, betonte Abgeordnete **Sybille Stöhl**.

Für Reform fehlen noch klare Konzepte
WIRTSCHAFTSREFORM. Mehr Tempo und klarere Vorstellungen waren hier der Tenor der Aussprache. Vertreter der LDPD und der CDU äußerten ihre Erwartung auf ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Auch in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft sollten entsprechende der Wirtschaftsreform konkrete Maßnahmen getroffen werden, so der Standpunkt der DBD-Fraktion. Diese müßten auf eine höhere Selbständigkeit der Betriebe und Genossenschaften, neue Preise und Steuern, marktwirtschaftliche Prinzipien und die Verbindung von Ökonomie und Ökologie zielen. Zu Recht erwarteten die Bauern jetzt auch Hilfe, damit die Versorgung des Landes nicht in Gefahr gerät, besonders zur Frühjahrbestellung.

Die LDPD-Fraktion stimme mit der Regierung darin überein, daß die wichtigste Aufgabe ist, die Wirtschaft aus der Krise zu führen, ihr Stabilität zu verleihen und Wachstumspulse zu geben. Dazu gebe es Schritte in die richtige Richtung ohne ein tragfähiges Gesamtkonzept. Was gebraucht werde, so **Hans-Dieter Raspe**, sind Wettbewerb auf dem Markt und Gewerbefreiheit. Die SED-PDS - so seine Meinung - müsse runter vom Bremspedal, damit es mit der Wirtschaft aufwärts gehe. Wir sind für Volkseigentum in eigenverantwortlichen Betrieben, für genossenschaftliches Eigentum in Selbstverwaltung, aber auch für Freiräume für Privatinitiative und Unternehmertum, bekräftigte **Günter Hartmann** (NDPD). Eine klare Marktwirtschaft, die in ökologische und soziale Verantwortung eingebunden ist, forderte der CDU-Sprecher. Konsequenz sei angesichts der Umweltkatastrophe auch bei der Ökologie nötig, der zumindest für einige Jahre das Primat vor der Ökonomie einzuräumen ist. Das zwingt zum Verzicht auf ein schnelles Wachsen des materiellen Lebensniveaus zugunsten einer Lebensqualität, die mehr ist als Essen, Trinken, Wohnen und Kleiden. Die volle Anwendung des Leistungsprinzips mache eine grundlegende Reform des Lohn-, Tarif- und Lohnsteuersystems notwendig, unterstrich **Klaus-Dieter Bormann** von der FDGB-Fraktion. Auf eine Anfrage des Abgeordneten

Wichtig sei ebenfalls, wer den Vorsitz im Aufsichtsrat habe oder wer geschäftsführender Direktor sein werde. Der gute Ruf eines Gemeinschaftsunternehmens in der DDR spiele die gleiche Rolle wie bares Geld. **VERANTWORTUNG** für Gründung und Tätigkeit der genannten Firmen sollte nicht nur das Ministerium für Finanzen und Preise, sondern auch eine zu berufende Expertengruppe tragen. Das Mindeststartkapital von 200 000 Mark für eine GmbH könnte Startschwierigkeiten für kleinere Betriebe bringen. Regulative, die automatisch marktwirtschaftliche Aspekte fördern, sind notwendig. Bei der Unternehmensentwicklung gelte es behutsam mit „Gas“ und „Bremsen“ zu arbeiten. Auch kleineren Betrieben sei unkompliziert Unterstützung zu gewähren. Der Minister soll vor der nächsten Volkskammertagung die Durchführungsbestimmungen zur Kapitalbeteiligung beschließen, so daß sie spätestens im Herbst vom Parlament als Gesetz verabschiedet werden können. **FÜR BETRIEBSRÄTE** sprach sich Schwabe aus. Dafür müßten sofort gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Interessensvertreter sollten z. B. über Löhne, Einstellungen, Entlassungen und Perspektiventwicklungen mitentscheiden. Neben dieser Sicherung der Interessen der Werktätigen wachse die Verantwortung der Gewerkschaften. Die unbedingte Gewährleistung der Rechte der Werktätigen in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung forderte auch **Ingrid Körner** (FDGB). Dies müsse in der entsprechenden Verord-

neten Reiner Hofmann (DBD) verwies der zuständige Minister, **Dr. Hans Watzek**, darauf, daß im vergangenen Jahr Ersatzteile für die Landwirtschaft für 180 Millionen Mark fehlten. Festgelegt sei, im ersten Quartal 1990 mindestens 25 Prozent der vorgesehenen Ersatzteilmenge bereitzustellen. Dazu würden Zulieferungen stabilisiert, Möglichkeiten der Staatsreserve sowie zusätzliche Importe genutzt. Zwischen 1991 und 1995 würden zusätzlich auch ein kompletter Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb sowie zwei Kühlhäuser importiert.

SOZIALE SICHERHEIT UND GERECHTIGKEIT. Diese verlangte heute, hob der CDU-Sprecher **Adolf Niggemeier** hervor, die verstärkte Sorge um alte Menschen und sozial Schwache, um Kranke und Behinderte. Weil die Gesundheit für jeden das Wichtigste ist, gelte es, den Mangel an Ärzten und Schwestern, an Ausrüstung und Medikamenten zu beseitigen.

Die Reformen in Wirtschaft und Verwaltung dürfen nicht auf Kosten der Frauen vollzogen werden, erklärte **Sybille Stöhl** für die Fraktion des DFD. Trotz aller Schwierigkeiten müßten kinderreiche Familien oder solchen mit behinderten oder pflegebedürftigen Angehörigen, Alleinstehende mit Kindern konkret unterstützt werden.

Gegen Abstriche an soziale Errungenschaften wandte sich der FDGB-Abgeordnete **Klaus-Dieter Bormann**. Viele Gewerkschafter seien bereit, an der Erneuerung der Wirtschaft mitzuwirken. Dies dürfe aber nicht zu Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Existenzangst und Ellenbogengesellschaft führen.

Auf schon vorhandene Beispiele, daß Schwächeren Rechte vorenthalten werden, verwies **Hans Härtel** (FDJ). So wurden in Jena durch den amtierenden Schulrat die Konten der Pionierfreundschaft der Schule zugunsten der Volksbildung aufgelöst, im Bezirk Erfurt sollen Räume von Jugendklubs privatwirtschaftlich genutzt werden.

Friedensfrage im Blick behalten

NEUE GESETZE. Ein Punkt, den mehrere Redner aufs Tapet brachten: Nach wie vor besteht ein großer Handlungsbedarf, gültige rechtliche Regelungen zu verändern. Die Demokratisierung in der Landwirtschaft komme ohne ein neues LPG-Gesetz nicht genügend voran (DBD). Die FDGB-Fraktion trat dafür ein, die im Gesetzgebungsplan vorgesehenen Veränderungen des Arbeitsgesetzbuches möglichst schnell zu realisieren. Die Diskussion um die umstrittenen Übergangsregelungen bei Strukturveränderungen, zu der sich in der Parlamentsausprache auch andere Abgeordnete geäußert hatten, bewies, wie notwendig diese gesetzlichen Regelungen seien. Ein neues Gewerbe- und Steuerrecht verlangte die NDPD. Zwar seien Ende vergangenen Jahres von der Regierung einige Sofortmaßnahmen zur Leistungs- und Effektivitätsentwicklung von Handwerks- und Gewerbebetrieben beschlossen worden. Dabei dürfe es aber nicht bleiben.

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK. Die Fülle der innenpolitischen Aufgaben ist derart drückend, daß in der Debatte das Feld der Außenpolitik der DDR streckenweise ins Hintertreffen geriet. Mehrere Redner lenkten deshalb die Aufmerksamkeit der Abgeordneten auf dieses Thema.

Bemerkenswert dabei: Gab es innenpolitisch häufig konträre Auffassungen, herrschte hier weitgehende Übereinstimmung mit der Regierung. „Ja“ zur Vertragsgemeinschaft mit der BRD, zu friedenserhaltenden und Sicherheit schaffenden Schritten. Man tue gut daran, die Friedens- und Abrüstungsfrage bei allen inneren Problemen niemals aus dem Blick zu verlieren, so die Nationaldemokraten. Von einer Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik erwarte die Partei eine Dynamik im Aufbau des Miteinanders, die sicher nicht schon morgen, aber wohl rascher, als viel leicht angenommen, in die Konföderation der beiden Staaten deutscher Nation führe.

Der auf Gemeinsamkeiten gegründete und gerichtete Entwicklungsweg beider Staaten auf deutschem Boden, das betonte **Günther Drefahl** zu diesem Thema, brauche eine feste sicherheitspolitische Grundlage. Ausgehend von der Verantwortungsgemeinschaft für eine stabile Friedensordnung in Europa und der Erkenntnis, daß gemeinsame Sicherheit im europäischen Haus die schrittweise Beseitigung der gegenseitigen Angriffsfähigkeit erfordert, sollten DDR und BRD in der Vertragsgemeinschaft einen eigenständigen Beitrag zur radikalen Abrüstung geben. Eine solche Forderung unterstützte auch die FDJ-Fraktion.

Premier Modrow:

Kein Sicherheitsamt vor dem 6. Mai

In seinen Schlussbemerkungen wertete Ministerpräsident **Hans Modrow** die Aussprache zur Regierungserklärung als Grundlage für eine nun wesentlich zu qualifizierende Tätigkeit der Regierung. Die Prioritäten werden dazu nochmals geprüft und teilweise neu bestimmt. An erster und wichtigster Stelle stehe dabei die Wirtschaftsreform und die wirtschaftliche Stabilität im Lande. Zur 15. Tagung könne der Volkskammer dazu eine grundlegende Analyse unterbreitet werden, das Konzept für 1990 werde Anfang März und dasjenige für die Wirtschaftsreform Anfang Februar folgen. In diese Arbeit ist auch eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches intensiv einbezogen. Für die Entwicklung des Handwerks, der Genossenschaften und der privaten Initiative - auch in der Landwirtschaft - sollte über neue Rahmenbedingungen zügig nachgedacht werden.

Auf die Internationalisierung der Wirtschaft eingehend, erklärte **Hans Modrow**, daß diese bei Wahrung der sozialen Bedingungen und der demokratischen Rechte der Bürger gestaltet wird. Dies steht in engem Zusammenhang mit seiner nächsten Begegnung mit Bundeskanzler Kohl im Februar. Man brauche eine solche Beziehung, daß nirgendwo im falschen Verständnis der Eindruck entstehe, die reichere Bundesrepublik leiste der ärmeren DDR nicht ausreichend Solidarität.

Er kündigte an, daß die Regierung am Sonnabend die Sitzung der Volkskammer auswerten werde. Gesichert sein müsse, daß die Volkspolizei ihre Aufgaben voll erfüllen kann. Das sollte beraten werden und zu einem Konsens führen. Bis zum 6. Mai werden keine Ämter auf dem Gebiet der staatlichen Sicherheit gebildet. Alle dazu gefaßten Beschlüsse werden aufgehoben.

Klaus Morgenstern
Jörg Staudé

Gesetz -

zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

In Übereinstimmung mit Artikel 63 und Artikel 106 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik beschließt die Volkskammer folgende Änderung und Ergänzung der Verfassung:

Paragraph 1

Im Artikel 12 Abs. 1 wird der letzte Satz gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:

„Abweichungen hiervon sind auf der Grundlage der Gesetze zulässig.“

Paragraph 2

Es wird folgender Artikel 14 a eingefügt:

„Artikel 14 a

(1) Die Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung durch Kombinate, Betriebe, Einrichtungen, Genossenschaften sowie Handwerker, Gewerbetreibende und andere Bürger ist auf der Grundlage der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften zulässig.

(2) Die Mitbestimmung der Werktätigen an der Leitung der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung wird gewährleistet.“

Paragraph 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft.

Käte Niederkirchner für die Fraktion der SED-PDS

Eine Kernfrage: Reales, demokratisches Mitspracherecht der Werktätigen

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Die Fraktion meiner Partei stimmt der Regierungserklärung von **Hans Modrow** zu. Wir möchten der Koalitionsregierung für die ersten Ergebnisse auf dem Weg zur Stabilisierung der Lage danken. Meine Partei bekundet erneut, daß sie die Regierung bei der konsequenten Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens auch weiterhin unterstützen wird.

Zu den Ergebnissen dieser seit November 1989 im Amt tätigen Regierung zählen wir, die Wirtschaft der DDR bisher vor einem Kollaps bewahrt zu haben. Noch sind nicht alle Folgen der Öffnung der Grenze zu Westberlin und zur BRD überschaubar. Den Mitgliedern der Fraktion ist klar, daß die Herstellung des Rechtes auf Reisefreiheit für unser Land mit neuen Problemen verbunden ist. Auch aus diesem Grund sind wir für schnelle Lösungen zur Erneuerung des RGW genauso wie für Kapitalbeteiligungen. Beides liegt im Interesse der Gesundheit unserer Wirtschaft und im Interesse der Menschen.

Unsere Fraktion ist auch der festen Überzeugung, daß eine Kernfrage der weiteren Wirtschaftsentwicklung das reale demokratische Mitspracherecht der Werktätigen ist. Dafür sind starke, einflussreiche Gewerkschaften ebenso notwendig wie breite, demokratische Mitbestimmungsformen in den Betrieben und Einrichtungen. Das könnten zum Beispiel auch Betriebsräte sein. Hier halten wir schnelle gesetzgeberische Maßnahmen für notwendig, bei denen sich die Regierung unserer Unterstützung sicher sein kann.

Eine Existenzfrage unseres Landes sind ausgeglichene Staatsfinanzen und Außenwirtschaftsbilanzen. Wir wissen, daß die Regierung dazu neue Wege der Finanzierung gehen und diese Wege auch schnell beschreiten muß. Die SED-PDS-Fraktion wird für solche Maßnahmen mit eintreten, die darauf gerichtet sind, die Effektivität der Wirtschaft zu erhöhen, sparsamer mit unserem Volkvermögen umzugehen und einem Verfall der Währung vorzubeugen. Wir sind aber auch

entschieden gegen die Ingangsetzung einer Lohn-Preis-Spirale. Sie wäre eine Geißel für alle Bürger, die verhindert werden muß.

In der Subventionspolitik schließen wir uns dem Standpunkt der Regierung an. Auch wir sind für Subventionen an Personen anstatt Subventionierung von Waren.

Gegenwärtig steht im Vordergrund, alles dafür zu tun, daß in den Betrieben und Einrichtungen kontinuierlich und ordentlich gearbeitet werden kann. Dazu bedarf es unbedingt stabiler Produktionsprozesse durch funktionierende Zulieferungen und Bereitstellung von erforderlichen Ersatzteilen. Nicht zuletzt hängt davon auch ab, daß die Bevölkerung täglich unter anderem mit Brot, Milch und Fleisch versorgt werden kann, daß Handel und Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen funktionieren. Ich freue mich besonders darüber, daß die Regierung gewillt ist, die Tarifprobleme im Gesundheits- und Sozialwesen in Angriff zu nehmen.

Verehrte Abgeordnete! Unsere ganze Aufmerksamkeit wollen wir dem Prozeß der Demokratisierung in unserem Lande widmen. Dabei wollen wir in allen Bereichen mitwirken, die Impulse aus den verschiedenen Formen der Volksbewegung aufnehmen und als Gleiche unter Gleichen mit allen demokratischen Kräften zusammenarbeiten. Das gilt vor allem auch für unser Verhältnis zum Runden Tisch. Wir bemühen uns dabei um Fairneß, um eine Kultur des politischen Streits. Ein solcher Konsens aller demokratischen Kräfte ist die beste Gewähr, daß radikale oder gar faschistoide Erscheinungen nicht weiter an Boden gewinnen.

Wir teilen die Sorgen vieler Bürger um ihre Sicherheit. Sie erwarten von der Regierung, daß sie die Ordnung im Lande gewährleistet, daß auf diesem Gebiet kein Vakuum zugelassen wird. Zugleich verstehen wir die Sorge eines großen Teils der Bevölkerung, daß alte Strukturen wiederhergestellt, die frühere Willkür wieder ermöglicht werden könnten. Wir treten dafür

ein, daß dies unter allen Umständen verhindert wird. Und das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis!

Wir sind sehr dafür, daß am kommenden Montag ein exakter Bericht zur Sicherheitslage in der DDR durch die Regierung am Runden Tisch gegeben wird. Für die Sicherheit unseres Landes sind wir alle verantwortlich.

Verehrte Abgeordnete! Unsere Fraktion begrüßt, daß die Regierung **Modrow** die auf Frieden, Völkerverständigung und gegenseitige Sicherheitspartnerschaft gerichtete Außenpolitik flexibel gestaltet. Wir freuen uns, daß es in den Beziehungen zu unseren sowjetischen Freunden und zu anderen Bündnispartnern wieder mehr Licht gibt. Demokratische Erneuerung in der Außenpolitik wird auch sichtbar, indem unsere Regierung im Interesse der Souveränität unseres Landes handelt, seine Bündnisverpflichtungen zuverlässig erfüllt und auch nach neuen, tragfähigen Wegen zur Ausgestaltung des europäischen Hauses sucht.

Der von der Regierung **Modrow** entwickelte Gedanke der Vertragsgemeinschaft mit der BRD wird international angenommen und findet Unterstützung. Nur gesicherte europäische Grenzen können uns jenen Frieden in Europa gewährleisten, der die Überwindung von Grenzen in einem demokratischen, entmilitarisierten Kontinent letztlich ermöglichen wird. Es ist wahrlich im Interesse der Deutschen, die radikale Abrüstung und den Übergang zu einer politischen Sicherheitspartnerschaft durchzusetzen. Davon geht der Parteivorstand der SED-PDS mit seinem Vorschlag zum Sicherheitsmodell 2000 aus, der am 6. Januar 1990 veröffentlicht wurde.

Meine Fraktion schlägt der Regierung vor, alles zu tun, um den europäischen Entmilitarisierungsprozeß in bi- und multilateralen Verhandlungen mit den KSZE-Staaten zu beschleunigen. In diesem Sinne hoffen wir auch, daß die von unserem Land vorgeschlagenen Maßnahmen und auch bereits einseitig durchgeführten Schritte in der BRD nicht nur begrüßt werden.

Sylvia Retzke für die Fraktion der SED-PDS

Für eine kommunale Selbstverwaltung

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Ich möchte die Position, die **Käte Niederkirchner** im Namen unserer Fraktion genannt hat, voll unterstützen. Gerade als Oberbürgermeisterin mache ich tagtäglich die Erfahrung, wie sehr von der erfolgreichen Tätigkeit der Regierung die wirtschaftliche und politische Stabilität der DDR, die Funktionsfähigkeit unseres Staates und aller Gemeinwesen abhängen. Unsere Fraktion der SED-PDS vertritt deshalb den Standpunkt: Wir brauchen eine demokratische, funktionierende Kommunalpolitik, damit die Bürger in unserer Stadt und in unserem Land leben können.

Wir wissen, daß die gegenwärtige Lage in den Territorien nach wie vor kompliziert ist. Deshalb danke ich allen, die trotz dieser Belastungen dazu beitragen, das Leben in unserem Lande zu sichern - den Bürgern unserer Stadt, vielen Mitgliedern etablierter und neu gegründeter Parteien, den Kirchen und neuen demokratischen Gruppierungen. Unsere Stadtverordnetenversammlung und der Rat arbeiten mit allen Kräften, die dazu bereit sind, in dem Bewußtsein, daß absolut keine Zeit zu verlieren ist, um den Bürgern das Gefühl von Geborgenheit, Zuwendung und Sicherheit zu geben. Gefragt sind unter den neuen Eindrücken, die heute viele gewinnen: Attraktivität des öffentlichen Lebens, die Verbesserung der Versorgung, eine umweltbewußtere Kommunalpolitik.

Ich würde nicht ehrlich sein ohne die Anmerkung: Uns drücken die elementarsten Fragen des Alltags. Dabei weiß ich: Die grundsätzliche Verbesserung der Lebensqualität erwarten die Bürger nicht erst im Jahr 2000. Das erfordert von den Kommunen, nicht auf Entscheidungen von oben zu warten. Vielmehr müssen wir bereits jetzt in den Städten, Gemeinden und Kreisen zu ersten sichtbaren Ergebnissen kommen. Meine Partei hält nichts von Absichtserklärungen. Das erfordert für die Stadt Dessau in den nächsten Tagen und Wochen die Verwirklichung folgender Sofortmaßnahmen: den Beginn kreativen Bauens, gerade in der Bauhausstadt Dessau. Eingeleitet ist die Erprobung neuer Finanz- und Nutzungsformen, besonders bei der Erhaltung historischer wertvoller Gebäude, durch die Erweiterung der stadteigenen Kapazitäten und die Förderung aller privaten Initiativen und Unternehmern.

2. Wir setzen uns dafür ein, daß der größte Umweltbelasten in unserer Stadt, der VEB Gärungschemie, ein anderes Heizmedium erhält und alle Abwasser in der Stadt einer zentralen Kläranlage zugeführt werden.

3. Die Schaffung von Tagesstätten für Senioren und die Bildung eines Behindertenverbandes.

4. Im Rat der Stadt wird ein Referat Frauen und Familie gebildet, um das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Frauen unserer Stadt in Zukunft besser zu ermöglichen. Dort werden wir nicht nur Frauen, sondern auch Männer haben.

Werte Abgeordnete! Ich habe volles Verständnis dafür, daß **Dr. Hans Modrow** in seiner Erklärung nicht alle Fragen behandeln konnte, dennoch bedaure ich, daß es aus der Sicht der Koalitionsregierung keine konkreten Aussagen zur kommunalen Selbstverwaltung gab. Wir, die Fraktion der SED-PDS, setzen uns in der Kom-

munalpolitik für eine kommunale Selbstverwaltung ein und lehnen den in der Vergangenheit praktizierten bürokratischen Zentralismus ab, wohl wissend, daß wir selbst für die zuletzt genannte Praxis entscheidende Verantwortung tragen. Gerade deshalb setzen wir uns dafür ein, daß für eine demokratische kommunale Selbstverwaltung Voraussetzungen geschaffen werden. Vielleicht sind bereits bis zum 6. Mai 1990 erste Schritte in Richtung kommunaler Selbstverwaltung möglich - faktisch als Beginn der Verwaltungsreform. Und hier erwarten wir vom zuständigen Minister mehr Aktivitäten. Nach unserer Meinung haben wir es hier bisher mit Halbherzigkeiten zu tun.

In diesem Sinne unterbreite ich folgende Vorschläge:

1. Einführung einer Abgabe in Form einer Kommunalsteuer für alle Betriebe und Einrichtungen im Territorium.

2. Ich bitte um Prüfung des Gedankens, einen Teil des Lohnsteueraufkommens aller in den Städten und Gemeinden Arbeitenden den örtlichen Haushalten zugute kommen zu lassen.

3. Die Regierung sollte mit Vorlage des Planes 1990 Schritte für die weitere, bessere materielle Absicherung kommunaler Lebensprozesse veranlassen. Das betrifft die Stärkung der Bereiche Baureparaturen, Handelstransport, Lebensmittel- und Nahrungsgüterwirtschaft bis hin zu den stadtwirtschaftlichen Dienstleistungen.

Das alles könnte dazu beitragen, eine wirklich neue Kommunalpolitik mit den Bürgern zu verwirklichen und die Autorität der örtlichen Volksvertretungen zu stärken.

Unmut über schleppende Arbeit der Justiz

Disziplinarverfahren gegen Verantwortliche von Gericht und Staatsanwaltschaft

Schwere Vorwürfe und Anträge auf Ablösung des Präsidenten des Obersten Gerichts, **Dr. Günter Sarge**, sowie des stellvertretenden Generalstaatsanwalts **Harry Harland** machten den Unmut der Abgeordneten über unbefriedigende Antworten auf ihre Fragen drastisch deutlich. Das Hohe Haus beauftragte mit Mehrheitsbeschluss den Staatsrat, Disziplinarverfahren gegen beide einzuleiten und über Kaderveränderungen zu berichten.

Für die 15. Tagung der Volkskammer wurde der Generalstaatsanwalt beauftragt, einen Bericht zum Ermittlungsstand in den Verfahren wegen Korruption und Amtsmissbrauch zu unterbreiten sowie das abschließende Ergebnis der Ermittlungen über die Ereignisse vom 7./8. Oktober 1989 mitzuteilen.

Zunützlich hatte sich der Zorn der Volksvertreter zunächst an Problemen, die mit der Auflösung des ehemaligen Ministe-

riums für Staatssicherheit bzw. Amtes für Nationale Sicherheit zusammenhängen. Der Präsident des Obersten Gerichts, **Dr. Günter Sarge**, hatte darüber informiert, daß sich die zuständigen Organe in 17 Rehabilitierungsverfahren bisher außerstande sehen, eine Freigabe der Akten zu bewirken. Mit der Feststellung, sie seien in der Dienststelle des ehemaligen MfS versiegelt worden, gaben sich die Abgeordneten nicht zufrieden.

Als der stellvertretende Generalstaatsanwalt **Harry Harland** dann nicht erklären konnte, wann Anklage erhoben werde gegen ehemalige Staatsfunktionäre, gegen die zur Zeit Ermittlungsverfahren laufen, schlug Parlamentspräsident **Günther Maleuda** eine Pause vor.

Danach richtete er die Forderung an die Justizorgane, vorbereitete und aussagefähige Vertreter zu entsenden. Die Stellungnahmen des Präsidenten des

Obersten Gerichts und der Generalstaatsanwaltschaft stünden in keinem Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit, Zuständigkeit oder mit Entscheidungen des Ministerrates der DDR, betonte der Parlamentspräsident. Die Unabhängigkeit der Justizorgane gegenüber der Regierung verbiete dies.

Daran anknüpfend, stellte **Hans Modrow** fest, daß auch die Regierung erwarte, daß diese schleppende Arbeit auf das schnellste aufhöre, weil die Regierung in ihrer Tätigkeit dadurch belastet werde. Weiter erklärte er, das Amt für Nationale Sicherheit werde aufgelöst und damit alle alten Strukturen aufgehoben. Das Ziel, diese Aufgabe bis zum 30. Juni zu erfüllen, werde erneut geprüft. Der bisherige Leiter der Arbeitsgruppe wird aber berufen, da er sich nicht als fähig und kompetent erwies.

Frank Herold
Klaus Kimmel

Grünes Licht für Joint ventures geben

Hohes Haus stimmt Verfassungsänderung zu / Kritik an Verordnung der Regierung

Die Industrielandschaft der DDR verspricht um einen kräftigen Farbtpfer bunter zu werden. Mit nur zwei Stimmenthalten hat das Parlament dem vorgeschlagenen Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung zugestimmt. Damit gab es „grünes Licht“ auch für Joint ventures, die Bildung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung. Die Abgeordneten folgten damit der Auffassung, daß dies eine unverzichtbare Chance zur Belebung der Volkswirtschaft und Hebung ihrer Leistungskraft im Interesse des Landes und seiner Bürger ist.

DRINGEND ERWARTET von unserer Wirtschaft sei dieses Gesetz über Bildung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, erklärte nachdrücklich **Rainer Schwabe** (SED-PDS), neuer Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Bauwesen und Verkehr, und stimmte der Verfassungsänderung in dessen Namen zu. Es könne eine rasche Steigerung der Leistungskraft aller Wirtschaftszweige bewirken. Diese ausländischen Investitionen können finanzielle Mittel, Know-how, Technologien, Ausrüstungen oder auch moderner Management sein. Die Dringlichkeit des Gesetzes ergebe sich nicht zuletzt daraus, daß die DDR nicht über ausreichend eigene Akkumulationsmittel zur Anknüpfung der Gesamtwirtschaft verfüge.

Gemeinschaftsunternehmen könnten nur wachsen, wenn ihnen alle Möglichkeiten eingeräumt werden. Dazu gehört eine vernünftige Parität und die Möglichkeit des Erreichens der wirtschaftlichen Ziele. Jeder Dirigismus würde Gleichberechtigung und Kompetenz erschwe-

ren. Wichtig sei ebenfalls, wer den Vorsitz im Aufsichtsrat habe oder wer geschäftsführender Direktor sein werde. Der gute Ruf eines Gemeinschaftsunternehmens in der DDR spiele die gleiche Rolle wie bares Geld.

VERANTWORTUNG für Gründung und Tätigkeit der genannten Firmen sollte nicht nur das Ministerium für Finanzen und Preise, sondern auch eine zu berufende Expertengruppe tragen. Das Mindeststartkapital von 200 000 Mark für eine GmbH könnte Startschwierigkeiten für kleinere Betriebe bringen. Regulative, die automatisch marktwirtschaftliche Aspekte fördern, sind notwendig. Bei der Unternehmensentwicklung gelte es behutsam mit „Gas“ und „Bremsen“ zu arbeiten. Auch kleineren Betrieben sei unkompliziert Unterstützung zu gewähren. Der Minister soll vor der nächsten Volkskammertagung die Durchführungsbestimmungen zur Kapitalbeteiligung beschließen, so daß sie spätestens im Herbst vom Parlament als Gesetz verabschiedet werden können.

FÜR BETRIEBSRÄTE sprach sich Schwabe aus. Dafür müßten sofort gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Interessensvertreter sollten z. B. über Löhne, Einstellungen, Entlassungen und Perspektiventwicklungen mitentscheiden. Neben dieser Sicherung der Interessen der Werktätigen wachse die Verantwortung der Gewerkschaften.

Die unbedingte Gewährleistung der Rechte der Werktätigen in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung forderte auch **Ingrid Körner** (FDGB). Dies müsse in der entsprechenden Verord-

nung, die recht bald zu einem Gesetz weiterentwickelt werden sollte, noch unmißverständlich formuliert werden. An **Frau Prof. Christa Luft** stellte sie auch die Frage, wie die Regierung die Mitbestimmung und Rechtsstellung der Werktätigen in Gemeinschaftsunternehmen gewährleisten wird.

Der Kern der klaren Antwort der Vizepremierministerin: Betriebe mit ausländischer Beteiligung sind Betriebe in der DDR. Für sie gilt die Rechtsordnung der DDR. Das gelte auch für das Arbeits- und Versicherungsrecht.

VERFASSUNGSRECHTLICHE BEDENKEN räumte **Prof. Dr. Manfred Mühlmann** (NDPD) im Namen des Verfassungs- und Rechtsausschusses aus. Er verwies darauf, daß für die notwendige Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei.

KRITIK an der Verordnung des Ministerrates übte **Dr. Witho Holland** (LDPD). Sie bedürfe einer gründlichen Überarbeitung. Noch gebe es unterschiedliche Festlegungen zur Planwirtschaft und Außenhandeltätigkeit bei Betrieben mit und ohne Auslandsbeteiligung. Die Regierung müsse sich zu einem einheitlichen Standpunkt zur Wirtschaftsreform durchringen, also entweder Planwirtschaft oder Marktwirtschaft. Die LDPD sei für soziale Marktwirtschaft. Der Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung sei ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Holland setzte sich für die Rückgabe ehemaliger halbstaatlicher Unternehmen an die früheren Besitzer, Komplementäre oder deren Kinder ein.

Dietmar Rietz
Adolf Sturzbecher